Protokoll der Delegiertenversammlung vom 10. März 2001

Tagespräsident: Giorgio Canonica, Tessiner Grossrat

Dauer: 13.45-17.00 Uhr

1. Begrüssung

Giorgio Canonica begrüsst die Delegierten im Namen der Tessiner Grünen, dankt, dass sie so zahlreich den Weg auf den Monte Generoso auf sich genommen haben und übergibt das Wort Grazia Cavallini, Koordinatorin der Verdi ticinesi, die auf die grossen Probleme (Verkehr, Luftqualität, Abfallentsorgung) verweist, mit denen der Kanton Tessin konfrontiert ist. Sie ruft die Grünen Schweiz zu einer radikalen Haltung in Verkehrs- und Energiefragen auf!

Ruedi Baumann stellt, mit Blick auf den vergangenen Abstimmungssonntag fest, dass die Grünen das Volk weit hinter sich gelassen haben, indem sie einerseits zu schnell sind (Europa), andererseits zu langsam (Strassen für alle). Es bleibt aber die Pflicht der Grünen Zukunftsfragen zu stellen, wie dies auch unsere Initiative „Energie statt Arbeit besteuern“ tut, die im Nationalrat abgelehnt wurde. Ein schwieriger Abstimmungskampf steht uns allen bevor.

Marco Borradori Staatsrat der Lega und Raumplanungsdirektor, sieht keine allzu grosse Distanz zwischen unsern und seinen Anliegen. Die extreme Verkehrssituation und die daraus resultierende, ausserordentlich starke Luftverschmutzung im Raum Lugano/Chiasso verlangen Massnahmen, wie etwa Stärkung des öffentlichen Verkehrs und die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, wie dies auch die Grünen fordern. Zum Schluss appelliert er an die Solidarität der ganzen Schweiz mit dem Tessin.

2. Italien zu Gast

Sergio Andreis, engster Mitarbeiter des grünen Ministers Gianni Mattioli, der in der italienischen Regierung zuständig für europäische Angelegenheiten ist, entschuldigt seinen Chef und überbringt die Grüsse der Präsidentin der italienischen Grünen Grazia Francescati.

Obwohl die EU, wie sie jetzt ist, nicht die Union ist, wie sie sich die Grünen wünschen, verweist Sergio auf die Erfolge innerhalb der EU, die gerade möglich wurden durch die enge Zusammenarbeit aller Grünen (etwa in den Bereichen erneuerbare Energien, Grundrechtscharta, gentechnisch veränderte Organismen). Er wünscht sich, im Namen der italienischen Grünen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schweizer Grünen.

3. Statutarisches

Als Stimmzähler gewählt werden Guido Oehen, Alessandro Boggian und Markus ?.

Die Anpassung der Delegiertenzahl pro Kanton an die Wahlergebnisse der nationalen Wahlen 1999 wurde vorgenommen, die Listen wurden, allerdings erst kurz vor der DV, verteilt. Deshalb stellt die Geschäftsleitung den Antrag, dass alle, die als Delegierte auf den Monte Generoso gekommen sind, stimmberechtigt sind. Der Antrag wird gutgeheissen.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober in Bern geht vergessen.

4. Informationen

Hubert Zurkinden informiert über die zweite der grünen Tandem-Initiativen, die im NR mit 120 gegen 64 Stimmen abgelehnt wurde. Der Bundesrat sieht zwar nach wie vor als strategisches Stil die ökologische Steuerreform, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Zur Abstimmung kommt die Initiative am 2. Dez oder aber am 23. September. Die Kantonalparteien sind gefordert, die Kampagne dafür als Schwerpunkt ihrer diesjährigen politischen Arbeit einzuplanen. Eine Kampagnengruppe ist gebildet, das Kommunikationsbüro von Lukas Ott/Anand Jagtap übernimmt die Kampagnenleitung.

Blaise Horisberger schlägt vor, sorgfältig zu prüfen, ob ein Rückzug der Initiative nicht besser wäre (Niederlage kontraproduktiv für Energiepolitik allgemein, Schonung unserer Kräfte und Gelder und in Betracht ziehen, wie viel Geld die Gegenseite zur Verfügung haben wird).

Ruedi Baumann räumt ein, dass die Schwierigkeiten gross sind, die Initiative soll aber jetzt zum Erfolg geführt werden.

Cécile Bühlmann berichtet kurz über die Session im Tessin, die im Vorfeld in der deutschen Schweiz viel Polemik ausgelöst hat. Sie und die ganze grüne Fraktion sind und waren immer davon überzeugt, dass eine Session im Tessin als Geste wichtig ist, dass die Mehrkosten gut investiertes Geld sind, die es ermöglichen, die spezifische Situation des Tessins kennen zu lernen. Sie berichtet kurz über die Debatte unserer Initiative im Nationalrat, die vom bürgerlichen Block geschlossen abgelehnt wurde.

Patrice Mugny gibt eine persönliche Erklärung ab. Er stört sich daran, dass die Partei einen Lega-Vertreter an die Delegiertenversammlung eingeladen hat.

5. Eine andere Welt ist möglich - die Grünen und die Globalisierung

Pia Hollenstein: Globalisierung ist tödlich, wenn die Wirtschaft, die Rentabilität das einzige Kriterium ist. Gegen diese Form von Globalisierung ist Widerstand nötig. Nur eine Globalisierung, die die Menschenrechte und ökologische Anliegen ins Zentrum stellt, ist vertretbar. Global denken, lokal handeln - der Slogan ist immer noch aktuell. Wir Grüne sind aufgerufen, uns für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 einzusetzen!

Erica Hennequin: In Porto Alegre fand ein erstes, weltweites Treffen von Basisbewegungen statt. Ein Emanzipationsmoment für die Gruppen der Zivilgesellschaft, die nicht mehr reagieren, sondern agieren wollen. Die 1,4 Millionen-Stadt Porto Alegre lebt eine Form der Demokratie, die Vorbildcharakter hat auch für uns, die wir eigentlich meinen, die beste aller Demokratien zu haben.

Anne-Catherine Menétrey bedauert nicht, dass sie nach Porto Alegre gegangen ist, wo gemeinsam versucht wurde, an einer Alternative zur Globalisierung mitzuarbeiten. Es war dort kein Gegensatz zwischen Nord-Süd spürbar, sondern eine grosse Übereinstimmung und Nähe zwischen Forderungen von Nord und Süd. Die Bewegungen im Süden sehr bewusst in Sachen Umweltschutz.

Mögliche Handlungsfelder für die Zukunft: Basisbewegungen müssen gestärkt, Verbindung zu institutionalisierten Gremien sollen verbessert und ein internationales Netz von ParlamentarierInnen soll gebildet werden.

Hubert weist daraufhin, dass zum verschickten Globalisierungspapier verschiedene Änderungsanträge eingegangen sind, allerdings sehr kurzfristig. Er schlägt vor, diese en bloc anzunehmen. Einzig über den Antrag von Daniele Jenni, Grüne Partei Bern, der unter „Das Engagement der Grünen Schweiz“ bei den Forderungen unter Internationales“ die Forderung, dass die Schweiz der EU beitreten soll, gestrichen haben will, einzig über diesen Antrag muss sicher abgestimmt werden.

Diego Hättenschwiler (GFL BE) und Blaise Horisberger weisen auf Übersetzungsfehler hin, die vom Sekretariat korrigiert werden.

Erica Hennequin stellt den Antrag, dass die erste Version des Textes mit dem Verbot von Verwaltungsratsmandaten in multinationalen Firmen für Parlamentsmitglieder beibehalten werden soll, während-

dem Blaise Horisberger dort praktische Schwierigkeiten bei Kontrolle sieht.

Dem Ordnungsantrag von Ruedi Baumann, jetzt zur Abstimmung zu kommen, gibt eine grosse Mehrheit Folge.

Zwei Anträge, über die abzustimmen ist:

1. Antrag von Erica Hennequin: Beibehalten des Verbots für ParlamentarierInnen in multinationalen Firmen Verwaltungsratssitze inne zu haben.

Klare Mehrheit ist zustimmend

2. Antrag Daniele Jenni:

Ausweitung des ersten Punktes (s. Papier), aber „Beitritt zu EU“ streichen

Der Antrag wird abgelehnt

Das Papier wird mit einer Enthaltung angenommen.

6. Elektrizitätsmarktgesetz

Gemäss Adrian Stiefel, Leiter Elektrizitätspolitik – Ökostrom beim WWF Schweiz, geht es bei der Vorlage nicht um ein Ja oder Nein zur Privatisierung, auch nicht um den Service public. Das EMG bringt Vorteile für erneuerbare Energien und Ökostrom und einen transparenten Strommarkt. Der Elektrizitätsmarkt ist schon lange privatisiert, regionalisiert. Das EMG ist für Greenpeace, WWF und SES der richtige Schritt in Richtung Transparenz. Eine freie Wahl des Stromträgers, ein Verzicht auf Atomenergie ist so möglich. Produktion, Verteilung, Übertragung werden neu getrennt werden. Ohne EMG wird die E-Wirtschaft weiter in einem geschützten Markt laborieren können. Umsetzung der „kann“-Vorschriften im Gesetz muss auf Verordnungsstufe noch genau verfolgt werden.

Karin Vogt, Attac Schweiz

Liberalisierung findet in europäischem Kontext statt. KonsumentInneninteresse und Umwelt sind dabei nicht prioritär, es geht um eine zielstrebige Politik der privaten Aneignung und Verwertung von Ressourcen. Heute besteht keine demokratische Kontrolle. Es muss darum gehen, Forderung nach einem echten Service public in diesem Gebiet zu stellen. Das EMG wird viele Arbeitsplätze kosten (nur 20% der Betriebe werden Liberalisierung überstehen).

Die Preisentwicklung ist unvorhersehbar, Werbekosten werden enorm sein und auf Preise überwältzt werden. Ein neues Monopol wird entstehen, der Profit gelangt in private Hände. Versorgungssicherheit ist nicht gewährleistet.

Daniel Bréla, Christian van Singer und Jean-Luc Zanasco finden gerade aus umweltschützerischer Sicht ein Ja zum EMG unverständlich. Markttransparenz, Vorteile für erneuerbare Energien und die

Beiträge für Wasserkraftwerke sind alle mit „kann“- Formulierungen im Gesetz verankert. Mit dem Referendum muss der Bundesrat gezwungen werden, diese „kann“-Formulierungen auch wirklich umzusetzen.

Jürg Stöcklin sieht das Gesetz als Rahmengesetz, das Leitplanken vorsieht, auf die zu verzichten verheerende Auswirkungen haben kann. Der Kampf für eine fortschrittliche Energiepolitik muss dann auf lokaler, kantonaler Ebene weitergeführt werden.

Ruedi Baumann unterstreicht, dass die Referendumsvertreter erreicht haben, dass wir noch vor der Abstimmung im Dezember wissen werden, was in den Verordnungen steht.

In der anschliessenden Abstimmungen sprechen sich 32 Delegierte für das Referendum, 28 dagegen aus und 3 enthalten sich der Stimme.

7. Eine andere Ernährung ist möglich - Resolution für eine gesunde Ernährung

Dieses Traktandum wird aus Zeitgründen auf die DV vom 5. Mai verschoben

8. Varia

Keine

Bern, 10. April 2001 / Gabriela Bader